

KPÖ STELLT DRINGLICHE ANFRAGE AN VOVES

Strom muss billiger werden!

Die Großhandelspreise für Strom liegen heute unter den Preisen von 2006. Der Preis, den die Energie Steiermark Tochter STEWEAG-Steg (SSG) den Haushaltskunden verrechnet, ist jedoch um 22 Prozent höher als 2006.

Außerdem existiert ein von der KPÖ initiiertes Landtagsbeschluss, der Landeshauptmann Franz Voves als Energie Steiermark Eigentümerversorger auffordert, sich für die Einführung eines Steiermark-Tarif für die Haushaltstromkunden stark zu machen. Dieser Steiermark-Tarif sollte um ca. 2 Cent/kwh billiger sein als der derzeitige SSG-Tarif.

Mit diesen und anderen Fragen konfrontierte KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg Landeshauptmann Voves mittels Dringlicher Anfrage. Werner Murgg stößt sich auch an der Tatsache, dass in Frankreich der Haushaltsstrompreis sehr wohl reguliert ist, während sich der

Landeshauptmann immer auf das Mitspracherecht des französischen Energie-Steiermark-Minderheitsaktionärs EDF ausredet. Werner Murgg an Voves: „Wie setzen Sie als Eigentümerversorger die Interessen der steirischen Stromkunden gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Peter Schachner-Blazizek, durch?“ Landeshauptmann Voves verlas Stellungnahmen vom Verbund, er ist Minderheitseigentümer an der

SSG, und von der Estag, nach welchen die Einführung eines derartigen Steiermarktarifes gegen das Kartellrecht verstoßen würde. Voves: „Es gibt keine Möglichkeit, dem Wunsch des Landtages nach einer Strompreissenkung nachzukommen.“ Überdies sei die Situation in Frankreich nicht mit der in Österreich zu vergleichen. In Frankreich sei der Markt bei weitem noch nicht so liberalisiert wie in Österreich.



Vom Vorreiter in Sachen Umwelt- und Klimaschutz hat sich Österreich in wenigen Jahren zum Nachzügler entwickelt. Höchste Zeit, dass alternative Energien besser gefördert werden.

STEIRISCHE GEMEINDEN

Doppelte Gebühren und Maulkorb

Die Gemeindeordnung wird novelliert. KPÖ und Grüne wenden sich vor allem gegen eine Ausweitung der Rechte des Stadtrates bzw. des Gemeindevorstandes, gegen eine Ausweitung der Vertraulichkeit und gegen Strafen für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, welche die Vertraulichkeit brechen. Werner Murgg (KPÖ): „Das alles dient als Maulkorb für kleinere Fraktionen.“

Die KPÖ spricht sich in der Novelle auch vehement gegen den Paragraphen aus, der die Gemeinden ermächtigt, die Gebühren so stark zu erhöhen, dass sie das Doppelte ausmachen, als kostendeckend wäre. Werner Murgg: „Es kann nicht sein, dass Gemeindehaushalte durch extreme Belastungen der Bürgerinnen und Bürger bei Müll-, Wasser- und Kanalgebühren saniert werden!“

KOMMENTAR

Werner Murgg,
KPÖ-Abgeordneter im
Landtag



49 Millionen, freihändig

Das Land Steiermark steht finanziell mit dem Rücken zur Wand. Das predigt uns Finanzlandesrat Christian Buchmann seit Jahren. Der Landeshausalt konnte während der letzten Jahre nur mit gewaltigen Budgettricks erstellt werden. Diese belasten den Haushalt zusätzlich. Zum Beispiel die Übertragung unserer Spitäler an eine eigens dafür gegründete Gesellschaft samt Rückmietung der Objekte. Buchmann & Co. sprechen von einer generellen 25-prozentigen Einsparung im Voranschlag 2011. Da wird dann kein Auge trocken bleiben. Denn anstatt neue Einnahmen zu erschließen, durch eine Nahverkehrsabgabe für die Unternehmer oder eine Erhöhung der Spielautomatenabgabe für die Glücksspielkonzerne, soll das Budget zu Tode gespart werden. Gratiskindergarten, Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder die Abschaffung des Regresses in der Sozialhilfe stehen dann wohl zur Disposition. Vor diesem Hintergrund werden 49 Millionen Euro für ein Einmalereignis, wie die Schi-WM in Schladming, ausgegeben. Die KPÖ hat dazu, als einzige Partei im Landtag, nein gesagt. Wäre es nach den übrigen Parteien gegangen, hätte diese Ausgabe sogar ohne ausführliche vorherige Information der Abgeordneten durch den Landtag gepeitscht werden sollen.

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter

Ermäßigung für Studis

Die ermäßigte Studierendenkarte des Verkehrsverbundes bekommen nur diejenigen, die Familienbeihilfe beziehen. Renate Pacher (KPÖ): „40 Prozent der Studierenden sind vom Erwerb der Karte ausgeschlossen. Außerdem sollte die Ermäßigung angehoben werden. Früher war die Karte kostenlos.“ Auf Antrag der KPÖ beschloss der Landtag einstimmig, auch den Studierenden, die keine Familienbeihilfe beziehen, den Bezug der Karte zu ermöglichen.